

Kein Ausverkauf des Planeten – Stopp TiSA

Prof. Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD Schweiz, alt-Nationalrätin und Gemeinderätin Grüne Zürich
17.6.2016

Die Länder des Südens haben sich erfolgreich gegen die ungleichen Marktvoraussetzungen und die weitere Ausbeutung gewehrt und die Doha-Runden ins Stocken gebracht. Das wollen sich die reichen Industriestaaten nicht bieten lassen und verhandeln auf Initiative der mächtigen Konzerne hinter verschlossenen Türen neue Freihandelsabkommen.

TTIP (Transatlantic Trade & Investment Partnership) zwischen den USA und der EU und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen Kanada und der EU sind praktisch verhandelt und auf dem Weg der Ratifizierung. Wird die EU ratifizieren, muss die Schweiz aufgrund der bilateralen Verträge nachvollziehen. Beide Verträge wollen alle Güter und Dienstleistungen – auch Landwirtschaftsprodukte – die nicht explizit auf einer Negativliste ausgenommen worden sind, dem freien Handel preisgeben. Für die Umwelt- und Gesundheitspolitik fatal wäre, dass neu jedes Produkt zugelassen würde, solange bis der Beweis der Schädlichkeit erbracht wurde. Den Firmen wird wegen Marktbeschränkung gar ein Klagerecht gegen Staaten bei einem privaten Schiedsgericht eingeräumt. Will ein Staat den freien Markt einschränken, kann ihn das horrenden Summen kosten. Wir kennen dies aus bestehenden Verträgen; aktuell sind beim Privatgericht der Weltbank, dem International Centre for Settlement of Investment Disputes ICSID in Washington 185 Streitfälle pendent. Zwei Beispiele: Ein Bergbauprojekt des US-Konzerns BILCON hielt der kanadischen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht stand und darf nicht gebaut werden. Im März 2015 verurteilte das ICSID Kanada zu einer Zahlung von 300'000'000 Dollar an BILCON! Deutschland beschloss den Atomausstieg. Die Firma Von Vattenfall klagte und Deutschland wurde zu einer Busse von 4'000'000'000 Euro verurteilt! Solche Abkommen sind zutiefst undemokratisch, beschneiden die Grundbedürfnisse der Menschen und dienen einzig der Gewinnmaximierung Weniger. Schon heute besitzen gerade 64 Personen die Hälfte des Weltvermögens. Eine derartig ungerechte Verteilung verdient keine weitere Beförderung. Schliessen wir uns dem weltweiten Protest gegen diese gefährlichen Abkommen an!

Und wäre es nicht schon schlimm genug, wird in den WTO-Räumen in Genf unter aktiver Mitarbeit der Schweiz das Freihandelsabkommen über Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement) diskutiert. Die plurilateralen Verhandlungen laufen ausserhalb jeglicher demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung. Die 24 Industriestaaten, die TiSA vorantreiben und zusammen Dreiviertel des Dienstleistungsvolumens besitzen, nennen sich „The Really Good Friends of Services“ – die Verhandlungsführenden sind allerdings alles andere als Freunde der öffentlichen Dienstleistung. Sie wollen alle Dienstleistungen, insbesondere des Service Public dem globalen Markt öffnen: Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. Damit wäre künftig nicht mehr gesichert, dass ein breiter und qualitativ guter Service Public für alle bis in die Randregionen angeboten werden kann. Trinkwasser, eine gute Bildung oder eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung wären also möglicherweise nur noch privat zu beziehen und – wie andere Länder zeigen – damit für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht mehr bezahlbar. Der Zugang zu lebenswichtigen Gütern bleibt damit vielen Menschen verwehrt und die Chancengleichheit für alle wird meilenweit zurückgeworfen. Ein ungeheuerlicher Rückschritt, den wir nicht riskieren dürfen!

Mit diesen separaten Verhandlungen werden nicht zuletzt die Länder des Südens ausgetrickst. Das TiSA-Abkommen wird nach dem Geschmack der reichen Industrieländer gebaut und alle andern Länder werden faktisch gezwungen, die Regeln zu übernehmen.

Ausgesprochen störend ist, dass diese Verträge unkündbar und noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen die Resultate geheim bleiben sollen. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne korrektes Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandates, obwohl TiSA ausserhalb der WTO und nach neuen Spielregeln funktioniert.

Mit TiSA sollen fünf Elemente eingeführt werden, die der schweizerischen Demokratie fundamental widersprechen: Jeder Vertragsstaat muss zuerst eine Negativ-Liste erstellen, welche die Dienstleistungen aufführt, die von der Marktöffnung ausgenommen sind. Für alles, was auf der Liste fehlt, gilt zwingend die Marktöffnung und künftige Leistungen wären automatisch privat. Darunter

fallen auch kommunale Strukturen. Mit der Standstill- und der Future-Clause wird bestimmt, dass die Regelungsdichte nach der Vertragsunterzeichnung nicht mehr erhöht werden darf. Alle zukünftigen Gesetze, die den freien Markt einschränken, wären nicht möglich oder zögen womöglich Milliardenklagen nach sich. Alle künftigen Dienstleistungen (bspw. ein neuer Energieträger) wären zwingend dem globalen Markt unterstellt. Viertens wird mit der Ratchet-Clause sichergestellt, dass eine einmal beschlossene Deregulierung nicht mehr zurück genommen werden kann. Demokratische Entscheidungsprozesse würden übergangen und um die Politik wirklich in die Mangel zu nehmen, sieht auch TiSA eine Klagemöglichkeit von Konzernen gegen Staaten vor. Die Gemeinde Emmen bspw. hat ihr Trinkwasser privatisiert und die Stadt Winterthur will ihre Stadtwerke inkl. Wasser privatisieren. Nestlé kauft sich weltweit laufend weitere Wasserrechte. Ob Emmen oder Winterthur, wenn später auch bei ihnen die Einsicht gewachsen ist, dass Wasser immer in der öffentlichen Hand bleiben muss, dieses wieder rekommunalisieren, ist bei einer Milliardenklage von bspw. Nestlé unwahrscheinlich! Wollen wir wirklich am Gängelband einiger Multis hängen?

Das Seco, aufgeschreckt durch die kritischen Fragen des VPOD, beteuert, dass in der Schweizerischen Offerte der Service public ausgeschlossen sei. Mittlerweile ist aber bekannt, dass neben dem eigentlichen Vertrag zusätzliche Anhänge diskutiert werden, die auch Gültigkeit haben sollen für einen Bereich, der via Negativliste ausgenommen wäre. So hat das Seco bestätigt, dass über Anhänge zu Telekommunikation, elektronischer Handel, Transparenz, Transport, Post, Energie, öffentliches Beschaffungswesen, professionell services (bspw. Gesundheit, Bildung?), staatliche Firmen (neben SBB und Post auch Schulen und Spitäler?) – das meiste wichtige Bereiche des Service Public! **verhandelt wird.**

Die Protestbewegungen gegen TiSA, TTIP und CETA haben sich in der Schweiz und weltweit formiert. Es braucht ein starkes Zeichen der Gesellschaft und der Politik, das dieses undemokratische und gefährliche Vorgehen stoppt. Zur Erinnerung: Vor zehn Jahren hat der weltweite Protest, den die Grünen aktiv unterstützt haben, zur Blockade der GATS Verhandlungen geführt. Zurzeit läuft eine vom VPOD lancierte Petition 'Stop-TiSA', die bereits von einigen Tausend Personen unterschrieben worden ist. Ein breites Bündnis, dem die Grünen angehören, hat sich gebildet und will u.a. am 8. Oktober eine grosse Demo in Bern durchführen. In verschiedenen Städten und Gemeinden sind vorwiegend von Grünen Mitgliedern Vorstösse für TiSA-freie Zonen in den Parlamenten eingereicht worden. Zudem soll abgeklärt werden, wie gegen den Bundesrat Klage erhoben werden kann und er die Bevölkerung informieren muss. Carouge, Bern, auf meine Initiative auch in Zürich und weitere Gemeinden und Städte haben sich bereits zur TiSA-freien Zone erklärt. Macht mit, schliesst Euch dem Widerstand an, damit wir diese gefährlichen Verträge stoppen können.

TiSA torpediert die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Setzen wir ein Zeichen für einen starken Service Public und eine offene, faire Demokratie mit einer „TiSA-freien Zone Schweiz“.